

Zivile Konfliktbearbeitung und Prävention (Vortragsmanuskript)

Christine Schweitzer

Einleitung

Die Forderung nach Alternativen zu Krieg und Gewalt begleitet die Friedensbewegung seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert. Zuerst war es die Suche nach internationalen Regulierungen (im Sinne Kants), um Frieden durch internationale Sicherheitssysteme, denen alle Staaten angehören, zu garantieren. Der Völkerbund und die UN beruh(t)en teilweise auf solchen Visionen, auch wenn sie auf halbem Wege stehen geblieben sind: Anstatt einer „Weltregierung“- vielleicht mit „Welt-Polizeikräften“ anstatt von Militär, wie manche fordern, z.B. die Arbeitsgruppe aus der Landeskirche Baden – entscheiden weiter die Einzelstaaten, ja im UN-Sicherheitsrat die Atommächte. Und natürlich ist auch die Idee der EU als Raum der Integration und des Friedens – auch wenn sie beides natürlich in Wirklichkeit nicht ist – hier einzuordnen.

Ein internationales Sicherheitsregime ist aber nicht die einzige Alternative zu Krieg, Rüstung und Militär. In den vergangenen Jahrzehnten sind weitere benannt worden:

1. Zivile Konfliktbearbeitung (ZKB) oder Konflikttransformation als ein Sammelbegriff für Ansätze auf ganz unterschiedlichen Ebenen und durch ganz unterschiedliche Akteure, Konflikte anders als durch Drohung und Gewalt zu bearbeiten. ZKB ist nicht – wie das Militär – EIN Instrument, sondern eine Vielzahl von hunderten von Ansätzen und Methoden.
2. Die wachsenden Erfahrungen und Erfolge von gewaltfreien Bewegungen, die zivilen Widerstand praktizieren, haben der Idee einer gewaltfreien Verteidigung auch gegen militärische Bedrohungen neuen Auftrieb gegeben – die Soziale Verteidigung. Sie bekommt heute neue Aktualität, da auch die NATO-Staaten wieder mehr von „Verteidigung“ sprechen.
3. Nach 1989 war längere Zeit die Rechtfertigung für Militäreinsätze aber nicht mehr die Verteidigung, sondern die „humanitäre Intervention“, bevor sie vom „Krieg gegen den Terror“ abgelöst wurde. Aber gerade im Bereich der Intervention gibt es zahlreiche Beispiele von erfolgreichen zivilen Projekten und Konzepten – besonders dem zivilen Peacekeeping, dem Schutz von Zivilbevölkerung vor militärischer Gewalt durch unbewaffnete, gewaltfrei agierende Menschen, die vor Ort präsent sind und dort durch Monitoring, Schutzbegleitung und vieles mehr Menschen schützen. Ein Beispiel ist die Nonviolent Peaceforce (nonviolentpeaceforce.org)

All diese Konzepte sind in Europa auch den Regierungen und der EU nicht ganz unbekannt – im Westen mehr als im Osten, dank der Advocacy-Arbeit von Nichtregierungsorganisationen (NROs). Das ist begrüßenswert, aber es gibt einen entscheidenden Unterschied: Regierungen gehen von einem sog. Vernetzten Ansatz aus, in dem zivile und militärische Mittel zusammenwirken. Die Rolle des Militärischen ist dabei so gedacht, dass es zivile Maßnahmen flankiert, sie im Falle massiver Bedrohung ermöglicht und Sicherheit herstellt für zivile Helfer*innen. Hier ein Zitat aus den 2017 verabschiedeten Leitlinien der Bundesregierung Krisen verhindern, Konflikte bewältigen, Frieden fördern:

„Stabilisierungsmaßnahmen dienen konkret dazu, ein sicheres Umfeld zu schaffen, kurzfristig Lebensbedingungen zu verbessern und Alternativen zu Kriegs- und Gewaltökonomien aufzuzeigen.

Dies erfordert einen vernetzten Ansatz: Je nach Bedarf müssen diplomatische, entwicklungs- und sicherheitspolitische Maßnahmen flexibel und aufeinander abgestimmt eingesetzt werden.“

Unter bestimmten Umständen sind auch militärische Maßnahmen notwendig, um Gewalt einzuhegen und ein sicheres Umfeld wiederherzustellen, das politische Prozesse erst ermöglicht.“ (Leitlinien, S. 69)

Bei der Europäischen Union ist das nicht anders: Sie spricht von einem „comprehensive approach“. Durch die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) und den Aufbau des Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD) sollen entsprechenden Strukturen und Kapazitäten der EU gestärkt werden. Tatsächlich bedeutet dies aber derzeit die Stärkung der Militarisierung Europas, die Antrieb durch die Politik der US-Regierung und den Brexit erhielt.¹

¹ Die wichtigsten Meilensteine in Stichworten:

- 1992 GASP, Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
- European Rapid Reaction Forces 1999
- Einrichtung eines Militärausschusses (Jahr 2000),
- Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie (Jahr 2003) sowie

Diese Militarisierung kann durch vier Stichworte gekennzeichnet werden:

Militarisierung Europas

- 1. Militärmissionen:** Die EU hat gegenwärtig (Oktober 2018) sechs militärische und zehn zivile Missionen, die im Rahmen ihrer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik organisiert sind.² Eine ist noch innerhalb Europas (BiH), die anderen fünf in mehreren Ländern Afrikas (Zentralafrikanische Republik, Mali u.a.) und im Mittelmeer). Von der Ausstattung her sind allerdings diese sehr ungleich. Bei den zivilen Missionen sind es knapp 2.500 Frauen und Männer, die militärischen umfassen 4.500.³ Die zivilen Missionen werden durch die GASP finanziert, 2018 stehen 318 Mio Euro zur Verfügung⁴. Die militärischen Missionen werden zu einem kleineren Teil durch einen gemeinsamen Mechanismus (Athena) finanziert; den größeren Anteil tragen die beteiligten Staaten. Deshalb ist eine Gesamtsumme schwierig zu schätzen.⁵
- 2. Finanzierung von Rüstung** - Forschungsgelder, gemeinsame Rüstungsproduktion (PESCO). Da werden erhebliche Mittel ausgegeben und noch mehr ist geplant. Ein neues „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Kooperation“ soll bewährte Budgets (für Menschenrechte und Demokratie, sowie für Stabilität und Frieden) schlucken. Der neue Haushalt soll 1,279 Billionen € für den Zeitraum 2021 bis 2027 umfassen. Die Kalkulation der Kommission sieht mehr EU-Geld für die Verstärkung der Außengrenzen vor (allein die Zahl der Mitarbeitenden der Grenzschutzbehörde Frontex soll auf 6.000 erhöht und damit verfünffacht werden), sowie für Verteidigung, Forschung und Jugend. Fast alle anderen EU-Programme sollen Kürzungen erfahren, sogar die Ausgaben für den Agrarsektor und für strukturschwache Regionen (wenngleich diese beiden Posten unverändert mit 34,5% und 29,7% die größten Ausgabenbereiche bilden). Für Migration („Asylum and Migration Fund“) sieht der Entwurf der EU-Kommission 10,4 Mrd € vor und weitere 9,3 Mrd € sollen für einen „Integrated Border Management Fund“ bereitgestellt werden. Ausgaben für „Sicherheit und Verteidigung“ werden mit ca. 18 Mrd € veranschlagt (darin schlägt der 2017 beschlossene „European Defence Fund“ mit 13 Mrd € zu Buche). Ein neu zu schaffendes Instrument mit dem Titel „Neighbourhood, Development and International Cooperation“ soll mit 89,5 Mrd € ausgestattet werden, weitere 11 Mrd € sind für Humanitäre Hilfe, 3 Mrd € für die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ und 14,5 Mrd € für die Heranführungshilfe (in den EU-Beitrittsländern) eingeplant.⁶

Wie gerade letzte Woche zu hören war: 2021 bis 2027 stehen 13 Milliarden Euro für Rüstungsprojekte zur Verfügung, wenn das Europäische Parlament und die Mitgliedsländer dem Entwurf zustimmen, Geld, das ohne parlamentarische Kontrolle durch die EU-Kommission vergeben werden soll.

Weltweit stiegen die Militärausgaben 2017 um 1,1 Prozent an: Die weltweiten Militärausgaben

-
- 2004 die Gründung von EU-Kampfgruppen – den sog. Battlegroups.
 - 2009 Lissaboner Vertrag: Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP); weltweite Einsätze
 - 2010 Europäischer Auswärtiger Dienst (EAD). Mit dieser Behörde, welche seit Ende des Jahres 2010 existiert, wurden die machtpolitischen Möglichkeiten der EU - Verteidigungs-, Außen- sowie Entwicklungspolitik - gebündelt. Durch diese Zusammenführung geriet die zivile Außen- und Entwicklungspolitik unter einen verstärkt militärischen Einfluss.
 - 2017: Realisierung von PESCO - Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit eingeführt (auf Englisch: Permanent Structure Cooperation, kurz: PESCO). Dadurch wird den Mitgliedstaaten, die „anspruchsvollere Kriterien in Bezug auf die militärischen Fähigkeiten erfüllen und die im Hinblick auf Missionen mit höchsten Anforderungen untereinander weiter gehende Verpflichtungen eingegangen sind“, ermöglicht, ihre militärischen Fähigkeiten im Rahmen der EU weiter zu vernetzen.
 - 2018: Der neue Mehrjähriger Finanzrahmen (MFR) 2021- 2027 wurde vorgelegt. Dort sind 1.280 Milliarden Euro vorgesehen, bisher eigenständige außenpolitische Instrumente der EU zu einem einzigen Instrument, dem Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Kooperation gebündelt werden. Bewährte eigenständige Haushaltslinien, wie unter anderem das Instrument für Menschenrechte und Demokratie sowie das Instrument für Stabilität und Frieden, gehen in ihnen auf. Neuer Budgettitels „Sicherheit und Verteidigung“ sowie die Einrichtung eines neuen EU-Instruments – der europäischen Friedensfazilität außerhalb des EU-Haushaltes, um die Beschränkungen von Lissabon zu umgehen mit 10,5 Milliarden.

² https://eeas.europa.eu/topics/military-and-civilian-missions-and-operations/430/military-and-civilian-missions-and-operations_en

³ [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578035/EXPO_STU\(2017\)578035_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/STUD/2017/578035/EXPO_STU(2017)578035_EN.pdf)

⁴ Definitive adoption (EU, Euratom) 2018/251 of the European Union's general budget for the financial year 2018—Title 19 Foreign Policy Instruments, 19 03 Common Foreign and Security Policy (CFSP), OJ L 57/1309 (28 February 2018)

⁵ [http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/577958/EPRS_ATA\(2016\)577958_EN.pdf](http://www.europarl.europa.eu/RegData/etudes/ATAG/2016/577958/EPRS_ATA(2016)577958_EN.pdf). 25,4 Mio wurden für die Mission in der ZAR 2018-2020 bereitgestellt.

⁶ Entnommen: Brot für die Welt, Erläuterungen zum geplanten mehrjährigen Finanzrahmen (MFF) der EU – Dr. Martina Fischer, 12. Juni 2018

erreichten 2017 mit schätzungsweise 1.739 Mrd. US-Dollar den höchsten Stand seit Ende des Kalten Krieges. Das entspricht 2,2 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts (BIP) oder Pro-Kopf-Ausgaben von 230 US-Dollar. Gesamteuropa ist dabei mit 342 Mrd USD dabei – eine Zahl, die allerdings gegenüber 2016 sank.⁷

- 3. Rüstungsexporte:** Bei den Rüstungsexporten schwerer Waffen wie Kleinwaffen liegen viele europäische Länder unter den ersten zehn nach den USA: 2. Russland, 3. Frankreich, 4. Deutschland, 6. Großbritannien, 7. Spanien, 9. Italien, 10. Niederlande.

Bei Kleinwaffen habe ich nur Zahlen von 2014 gefunden. Denen zufolge rangierte Italien auf Platz 2, Deutschland auf 4, Österreich auf 6, 7. Türkei, 8. Russland, 9. Tschechien, 10. Belgien.⁸

- 4. Festung Europa:** Die EU versucht, ihre Grenzen hermetisch abzuriegeln. An einigen Grenzabschnitten haben die Nationalstaaten meterhohe Stacheldrahtzäune errichtet, an anderen Abschnitten kommt die EU-Grenzschutzagentur Frontex zum Einsatz. Mittlerweile sollen auch Militäreinsätze dafür sorgen, dass Flüchtlinge es nicht in die EU schaffen. Andere der Maßnahmen zum »Grenzschutz« werden kaum sichtbar – etwa das EUROSUR-System, das die Grenzen mit Satelliten, Drohnen und Sensoren überwacht.^{9 10}

Zivile Konfliktbearbeitung – Was kann sie im Kontext Europa bedeuten?

Zunächst eine Definition

ZKB ist die Aufgabe,

1. eine Übereinkunft über die Inhalte des Konfliktes zu finden, was in der Regel durch Verhandlungen geschieht (deutsch „Friedensschaffung“ oder „Friedensstiftung“, englisch „Peacemaking“);
2. die Aufgabe, Gewalt einzudämmen bzw. zu verhindern und Sicherheit wieder herzustellen („Peacekeeping“, deutsch: „Friedenssicherung“) und
3. die Aufgabe, die
 - a) eigentlichen Ursachen und
 - b) die Folgen des gewaltsamen Konfliktes zu bearbeiten („Peacebuilding“, manchmal im Deutschen als „Friedenskonsolidierung“ übersetzt).

In allen drei Punkten implizit enthalten ist der Aspekt der Prävention: von vornherein zu verhindern, dass ein Konflikt gewaltsam ausgetragen wird oder zumindest einen Wiederausbruch von Gewalt zu verhindern.

„Zivil“ bedeutet in diesem Zusammenhang mit zivilen, d.h. nicht-militärischen Mitteln. Beteiligte Organisationen können staatlich sein (z. B. Unterorganisationen der Vereinten Nationen), zivilgesellschaftlich (z. B. international anerkannte Nichtregierungsorganisationen) oder ohne formalen Status (z. B. Widerstandsbewegungen).

Konfliktbearbeitung, Prävention und Europa

a) in Europa

Der Raum der EU wird als Bereich des demokratischen Friedens gefeiert und war Grund, warum der EU 2012 der Friedensnobelpreis verliehen wurde. Da ist Vieles wahr dran. EU-Staaten spielen wichtige Rolle bei der Bewahrung multilateraler Abkommen (wie z.B. beim Streit um Iran) oder bei der Bewahrung des Pariser Klimaschutzabkommen. Die EU hat zwei Atomwaffenstaaten (Großbritannien und Frankreich) in ihren Reihen, aber auch zwei Unterstützer des Verbotsvertrags (Irland und Österreich). Aber leider gibt es auch die andere Seite.

Konfrontation zwischen Ost und West

Wenn wir auf Gesamt-Europa, nicht nur die EU blicken: Die sich verstärkende Konfrontation zwischen Ost und West auf europäischem Boden ist besorgniserregend. Zu ihr haben in meinen Augen beide Seiten beigetragen, und keine kann der anderen die alleinige Schuld zuschieben. Die NATO und die USA haben über 7.500 Soldat*innen in Osteuropa stationiert.¹¹ Manöver von NATO-Truppen und von Russland,

⁷ SIPRI Jahrbuch 2018, https://www.sipri.org/sites/default/files/2018-09/sipri_yb18_summary_de_0.pdf

⁸ <http://www.smallarmssurvey.org/fileadmin/docs/S-Trade-Update/SAS-Trade-Update-2017.pdf>

⁹ <https://www.proasyl.de/thema/eu-asylpolitik/>

¹⁰ <https://www.tagesschau.de/ausland/mittelmeer-fluechtlinge-137.html>: Allein bis Mitte Juli zählte das UNHCR über 1.500 Tote im Mittelmeer.

¹¹ Je ein multinationales Bataillon wurde nach Estland, Lettland, Litauen und Polen entsandt. Und auch eine 5000 Soldaten starke schnelle Nato-Einsatzgruppe steht bereit. Sie soll binnen Tagen in die baltischen Staaten verlegt werden und dort eingreifen können. Ingesamte Größe der Bataillons, von denen eines (in Litauen) von Dt geleitet wird, knapp 4.500 Soldat*innen. Zusätzlich US-

die regelmäßig abgehalten werden, dienen der gegenseitigen Bedrohung. Gerade in diesem Herbst übte Russland unter Beteiligung Chinas mit 300.000 (!) Soldat*innen; die NATO in Norwegen mit 45.000. Gesprächskanäle sind abgerissen, und auch da, wo im Rahmen von multinationalen Organisationen man noch an einem Tisch sitzt, kommt es kaum noch zur Einigung (OSZE, teilweise auch im Europarat). Russland wie die NATO-Länder weigern sich, dem von der UN beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten und diese schreckliche Waffengattung endlich zu vernichten.

Was es hier braucht: Rückkehr zu Kooperation und gemeinsamer Sicherheit auf politischer Ebene. Dazu wird Reiner Braun mehr sagen.

Wir brauchen ein Angehen der Kriege und Konflikte, die wesentlich zum zerstörten Verhältnis beigetragen haben – von Iran bis Syrien und der Ukraine. Dies auszuführen, würde den Rahmen dieses Inputs bei weitem sprengen, deshalb nur ein Vorschlag, zu einem Konflikt, der Ukraine und dem, was sie verursacht hat: Anstatt rückwärtsgewandt sich vorzuwerfen, wer was falsch gemacht und damit Vertrauen verspielt hat, sollte endlich zukunftsgerichtet gedacht werden: Zum Beispiel könnte nachgedacht werden über:

- ➔ ein neues Referendum in der Krim, an dem sich alle beteiligen dürfen, die 2014 dort gelebt haben.
- ➔ Ein Übergangsregime in der Ostukraine, evtl. unter Verwaltung der UN wie in Ostslawonien (Kroatien), gekoppelt mit Straffreiheit und Entmilitarisierung
- ➔ Statt den diskutierten UN-Blauhelmen: Ziviles Peacekeeping.
- ➔ Wenn die baltischen Staaten und Polen sich so bedroht fühlen: Dann könnten sie über gewaltfreie (Soziale) Verteidigung nachdenken, mit der die baltischen Staaten schon Erfahrung gemacht haben.
- ➔ Die baltischen Staaten mögliche Konfliktursachen angehen – dazu gehört insbesondere ihr Umgang mit der russischen Minderheit in ihren Ländern.

Wichtig ist zum zweiten eine Stärkung der OSZE und des Europarats als den beiden gesamteuropäischen Institutionen. Wie wäre es, wenn alle Mittel, die derzeit der Militarisierung der EU zugedacht werden, stattdessen diesen Institutionen für friedenserhaltende und präventive Maßnahmen zugedacht würden? Dazu würde auch gehören, Russland wieder volle Rechte in der Parlamentarischen Versammlung des Europarats zu gewähren.¹²

*Welche Rolle Bürger*innen spielen können*

- Druck von unten auf die Politik ALLER Seiten: Sie auffordern, ihren Verstand zu benutzen. Es geht nicht an, einfach, wie es manche Linke tun, die Argumentationen umzukehren und die russische zu übernehmen. Die gegenwärtige russische Regierung ist alles andere als auf Ausgleich bedacht. Sie bewegt sich ebenso in den Denkschemata vergangener Zeit wie der Westen. Großmachansprüche, Unterdrückung von Opposition nach innen, Nationalismus und Rechtspopulismus (Treffen Rechtsextremisten in Moskau und Minsk.).
- Dialog und Konfliktbearbeitungsprojekte von unten (fördern)

Regionalkonflikte

Die Krise, die mit dem Sezessionsbestrebungen Kataloniens entstand und die keineswegs beigelegt ist, auch wenn sie aus den Schlagzeilen verschwunden ist, hat einmal mehr gezeigt, wie fragil auch viele europäischen Staaten sind. Konflikte um Autonomie oder Unabhängigkeit bestimmter Regionen sind auch in Europa keine Seltenheit, leider auch nicht ihre Eskalation bis hin zu Bürgerkriegen. Wir brauchen nur an den Jahrzehnte währenden Bürgerkrieg in Nordirland oder den Kampf der ETA im Baskenland zu denken. Außerhalb der Europäischen Union gab und gibt es noch viel mehr gewaltsame Konflikte – das gewaltsame Auseinanderbrechen des ehemaligen Jugoslawiens Anfang der 1990er Jahre, der Krieg in der Ostukraine, Nagorny-Karabach und der bei uns weitgehend unbekanntes Konflikt in Moldawien sind nur ein paar

Brigade in Polen 3.500 Soldat*innen. Ingesamte Zahl ausländischer NATO-Truppen also 7.000. Quelle.

https://www.deutschlandfunk.de/verstaerkte-nato-praesenz-in-osteuropa-symbolischer-akt.795.de.html?dram:article_id=379000 ;
<https://www.nato.int/cps/en/natohq/115204.htm>

¹² Im Jahr 2014, nach der Annexion der Krim durch Russland, wurde die russische Delegation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates (PACE) sanktioniert, d.h. ihr Stimmrecht in der PACE wurde ausgesetzt, ebenso wie ihre Mitarbeit in Leitungsorganen und bei der Wahlbeobachtung. Die Mandate selbst hingegen wurden nicht ausgesetzt, um den politischen DIALOG fortzusetzen; Russland zog sich jedoch aus eigenem Antrieb vollständig zurück und stellte die Zahlung seiner Mitgliedsbeiträge an den Europarat ein, was die Organisation unter FINANZIELLEN DRUCK setzte. Russland hat erklärt, dass es die Zahlungen wieder aufnehmen wird, sobald die Rechte seiner Delegation in der PACE vollständig wiederhergestellt sind. Dies ist einer der Gründe, warum die russischen Geldgeber der PACE darauf bestehen, dass die Sanktionen gegen die Delegation aufgehoben werden.

Regionalkonflikte, die hier genannt werden können. Das Heidelberger Konfliktbarometer zählte 2017 41 (gewaltfrei oder gewaltsam ausgetragene) Konflikte, bei denen es um Sezession und 53 Konflikte, bei denen es um Autonomie ging.¹³

Aber es gibt in Europa auch Regionalkonflikte, für die konstruktive Lösungen gefunden wurden. Die Åland-Inseln zwischen Finnland und Schweden sind hier ein Beispiel: Sie wurden nach dem 1. Weltkrieg Finnland zugeschlagen, obwohl die Bevölkerung sich Schweden zugehörig fühlte. Der Völkerbund fand 1921 eine Lösung: Autonomie und Demilitarisierung.

In Nordirland gelang es 1995 nach über 30 Jahren Bürgerkrieg zwischen radikalen Katholik*innen, Protestant*innen und der britischen Armee, Frieden zu schließen. Hierbei hatten zivilgesellschaftliche Gruppen eine wichtige Rolle gespielt.

Südtirol gehört seit Ende des 2. Weltkriegs zu Italien und genießt einen Autonomiestatus, der bis 1992 immer weiter ausgebaut wurde. Im Rahmen der europäischen Vereinigung scheinen die Grenzen weniger wichtig geworden zu sein, trotzdem gibt es weiter Bestrebungen eines Anschlusses an Österreich.

Besonders die OSZE macht sich sehr verdient darum, Regionalkonflikte durch Beratung zu bearbeiten. Ihre Hochkommissare für Minderheiten und für Menschenrechte und die Langzeitmissionen der OSZE sind in vielen Ländern (auf Einladung der Regierungen) unterwegs und haben vielerorts verhindert, dass Konflikte eskalierten. Dadurch, dass sie Sachkenntnis über gesetzliche Regelungen zur Verfügung standen, als neutrale Dritte vermittelten oder durch Monitoring drohende Gewalt verhindern.

*Welche Rolle die Bürger*innen spielen können*

- Stärkung von regionalen und überregionalen Kooperationen „von unten“, wie im Alpe Adria Raum oder früher in der Helsinki Citizens‘ Assembly, einem zivilgesellschaftlichen Spiegel der OSZE.
- Arbeit gegen Rassismus und andere Formen von organisierter Menschenfeindlichkeit
- Demokratisierungsbemühungen von unten stärken

Rechtspopulismus.

Die Bedrohung durch Rechtspopulismus wird immer stärker. Wir erleben nach innen gewendeten Hass – Rassismus, verbunden mit erträumter Vergangenheit und verursacht durch soziale Probleme, für die Demagog*innen einfache Antworten bieten, um nicht die wirklichen Ursachen angehen zu müssen. In Ungarn, Polen, Italien und Österreich regieren Parteien, die eine rechtspopulistische Ideologie verfolgen. In anderen Ländern sind solche Parteien zumindest mit an der Regierung beteiligt (Griechenland) oder erzielten erstaunliche Wahlerfolge (Finnland, Frankreich, Deutschland, Schweden). Im europäischen Querschnitt scheint es, dass zwischen 15% und 20% der Wähler*innen solchen Parteien ihre Stimme geben. Die Schließung der Grenzen, eine Innenpolitik, in der Nicht-Weiße und Muslim*innen (besonders religiöse Musliminnen!) diskriminiert werden, Verschärfung der inneren Sicherheit (Überwachung) und die Verengung des Raums von Zivilgesellschaft und Militarisierung sind alles Maßnahmen, die „bürgerlich“ regierte Länder von Rechtspopulisten in Europa übernommen hat.

*Welche Rolle die Bürger*innen spielen können*

- Ziviler Widerstand
- Dialog innergesellschaftlich und europaweit
- Initiativen, die das friedliche Zusammenleben fördern – das ist die beste Prävention.

b) Europäische Außenpolitik

Die EU konzentriert sich in ihrer Außenpolitik in Arbeitsteilung mit den USA, die ihre Schwerpunkte in Lateinamerika und Asien setzen, auf Afrika. Und dort nicht zufällig auf die Länder, die bis in jüngere Zeit von europäischen Großmächten erobert und ausgebeutet wurden.

Diese Kolonialgeschichte, nur in Klammern, wirkt auch heute auf vielerlei Weise nach. Sie ist Ursache vieler Konflikte und Bürgerkriege in diesen Ländern und Regionen – Konflikte, die eine (nicht die einzige) Wurzel in willkürlichen Grenzziehungen der Kolonialzeit haben.

Gibt es denn überhaupt etwas, was Europa konstruktiv zu Frieden beitragen kann? Es braucht eine grundlegende Politikveränderung – das ist ja Thema dieses Kongresses – in Bezug auf Wirtschaftsbeziehungen, Umgang mit der Umwelt (Klima usw.). Hier nur zu meinem begrenzten Thema ein Beitrag, wieder als Stichworte:

¹³ HIIK 2018, S. 16 (Heidelberger Konfliktbarometer)

- Europa als Vermittler. Einige angesehene internationale Vermittler stammen aus Europa (Ahtessari z.B.)
- Zivile Beobachtungsmissionen (Könnte ausgebaut werden zu zivilem Peacekeeping), effektiven zivilem Schutz von Zivilbevölkerung
- Finanzierung von Maßnahmen. EU galt in Vergangenheit als der „Paymaster“. Das Stabilitätsinstrument, und Instrument für Menschenrechtsverteidiger*innen waren als Budgetlinien sehr sinnvoll. Leider sollen beide in dieses umfassende oben erwähnte „Instrument für Nachbarschaft, Entwicklung und internationale Kooperation“ auf.

*Welche Rolle die Bürger*innen spielen können*

Europa lebt durch vielfältige Kooperationen. Die transnationale Zusammenarbeit findet in vielen Feldern statt und ist uns oft gar nicht so bewusst bzw. den jüngeren von uns selbstverständlich. Sie gibt es schon siehe- gemeinsame Kampagnen und Anstrengungen, wie z.B. in ENAAT oder gegen NATO-Gipfel.

Dr. Christine Schweitzer ist u.a. Geschäftsführerin Bund für Soziale Verteidigung (soziale-verteidigung.de) und vertritt ihn in der Kooperation für den Frieden (koop-frieden.de)